

Interfraktioneller Antrag

**der Fraktionen GAL, CDU, DIE LINKE und der PIRATEN-Gruppe
und Fraktion vom 21.04.2011**

Betr.: Bauwagengruppe Zomia braucht eine politische Lösung

Seit Ende November 2010 sucht die Bauwagengruppe Zomia einen dauerhaften Bauwagenplatz in Wilhelmsburg. Eine bis zum 30. April 2011 befristete Allgemeinverfügung wurde vom Bezirksamt Mitte für die Fläche am Ernst-August-Kanal erlassen. Seit Dezember 2010 werden sie dort faktisch geduldet. Diese temporäre Lösung sollte einen Freiraum schaffen, um bis zum Ende des Winters eine langfristige Lösung politisch zu ermöglichen.

Auch bedingt durch die Neuwahlen und die neue politische Konstellation gibt es seit Wochen keine Gespräche und kein behördliches Handeln zu den anstehenden Fragen. Der interfraktionellen Aufforderung der BV Mitte, durch die zuständigen Behörden eine Lösung zu entwickeln, wurde bisher nicht gefolgt.

Die momentan von der Wagengruppe Zomia genutzte Fläche ist als Gewerbefläche ausgewiesen, liegt in einem Industriegebiet und ist als „Vorhaltefläche“ für die nördliche Variante einer möglichen „Hafenquerspanne“ vorgesehen. Eine Nutzung oder andere Verwertung dieser Fläche durch die Stadt, die einer befristeten weiteren Nutzung durch die Bauwagengruppe entgegenstehen würde, existiert nicht. Die Durchsetzung der schon angedrohten Räumung würde die Bewohner/-innen des Bauwagenplatzes erneut auf die Straße zwingen. Ihr berechtigtes Interesse an der Verwirklichung von alternativen Wohnformen würde scheitern an unbeweglicher Bürokratie und nicht haltbaren Vorurteilen gegen diese Wohn- und Lebensform.

Die Bezirksversammlung fordert auf,

- a.) die Gespräche mit der Gruppe schnellstmöglich wieder aufzunehmen und an Konzepten zu arbeiten, die eine Umsetzung eines alternativen Wohnprojektes auf den geltenden rechtlichen Grundlagen zum Ziel hat.
- b.) dass gemeinsam mit dem Verein Zomia e.V. und den zuständigen Behörden nach einem Platz für die dauerhafte Ansiedlung eines Bauwagenplatzes in vergleichbarer Größe in ganz Hamburg gesucht wird.
- c.) Der Städteentwicklungsausschuss der Bürgerschaft wird einen gleich lautenden Antrag im Mai behandeln. Das Bezirksamt wird aufgefordert den Termin abzuwarten, bevor weitere Maßnahmen ergriffen werden.